

Südafrika und der wilde Streik der Minenarbeiter

Niema Movassat, MdB DIE LINKE, 06.12.2012

I. Einführung : Soziale Kämpfe in Afrika

Der Kampf der Bergarbeiter in Südafrika für bessere Löhne und würdige Arbeitsbedingungen ging um die Welt. Bis heute kämpfen die Arbeiter dort, haben massive Streiks durchgeführt. Sie sind damit Teil der sozialen Bewegungen und Kämpfe auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.

Wir alle erinnern uns noch gut an die größte soziale- und Freiheitsbewegung – der Arabische Frühling in Nordafrika. Ausgangspunkt dort waren u.a. die hohen Lebensmittelpreise sowie die prekären bzw. nicht vorhandenen Arbeitsverhältnisse, insbesondere für junge Menschen. Probleme, die man auf dem gesamten Kontinent findet – auch in Südafrika.

Es gingen und gehen nicht nur Menschen in Nord- und Südafrika auf die Straße. Auch in zahlreichen anderen afrikanischen Ländern ging insbesondere die Jugend auf die Straße, um gegen hohe Lebensmittelpreise, Perspektivlosigkeit, Umweltzerstörung, schlechte Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Fast überall gilt der Kampftruf: „Y'en a marre – *wir haben es satt!*“

So wurde durch eine beispiellose Mobilisierung der Präsident Senegals an einer dritten Amtszeit gehindert und im März 2012 abgewählt.

In Uganda gehen Menschen seit April 2011 immer wieder gegen steigende Nahrungsmittel- und Benzinpreise aus Protest zu Fuß zur Arbeit. Die Regierung Museveni hat die so genannten „Walk-to-Work“-Proteste kriminalisiert und ist mit Polizeigewalt gegen Demonstrierende vorgegangen.

Am ehesten vergleichbar mit den sozio-ökonomischen Bedingungen, die zum Marikana-Bergarbeiterstreik geführt haben, ist jedoch Nigeria. In dem ölreichen Land werden Konzerninteressen – insbesondere die von Shell – über Menschenrechte und das Wohlbefinden der Bevölkerung gestellt. Eine brutale Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung schreitet voran. Neben der massiven Umweltzerstörung weist Nigeria eine mangelnde Infrastruktur, politische Morde, wie dem am Menschenrechts-Aktivisten Ken Saro Wiwa und neuerdings auch Landraub für die internationale Agrarlobby auf.

Als Anfang 2012 die Subventionen auf Benzin komplett gestrichen werden sollten, gingen massenhaft Menschen auf die Straße. Ihre Bewegung nennt sich in direkter Anlehnung an internationale Proteste „*Occupy Nigeria*“ und „*We the People*“.

Ansonsten traten ähnliche Bewegungen in Burkina Faso, Kamerun, Malawi, Kongo und Togo auf. Sie alle verfolgen mehr oder weniger die Vision eines Bruchs mit Neo-Kolonialismus, Neoliberalismus und Imperialismus, um eine eigenständige Entwicklung Afrikas zu ermöglichen.

II. Situation in Südafrika

In Südafrika entzündeten sich die Proteste 18 Jahre nach dem Ende der Apartheid an den nicht verwirklichten Versprechungen des Neuanfangs:

- 15 Millionen SüdafrikanerInnen der insgesamt rund 52 Mio. Einwohner können nur überleben, weil sie Sozialhilfe beziehen.
- Fast 50 Prozent aller SüdafrikanerInnen leben unter der nationalen Armutsgrenze von gut 500 Rand (rund 44 €) pro Monat.

Um die aktuelle Situation in Südafrika bewerten zu können, muss die Analyse unterschiedliche Aspekte berücksichtigen:

Zunächst müssen wir die Entwicklungen des ANC als Regierungspartei, die den gesamten Staatsapparat beherrscht, in Koalition mit der kommunistischen Partei SACP (*Southern Africa Communist Party*) sowie die persönlichen und finanziellen Verbindungen zwischen ANC, der Dachgewerkschaft COSATU (Congress of South African Trade Workers) und nationalen/internationalen Bergbaukonzernen betrachten.

Für die unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen sind natürlich vor allem die Unternehmen aber auch die Regierung verantwortlich.

Zum anderen haben wir aber auch eine Spaltung der Arbeiterschaft, was ebenfalls die Gewalt eskalieren lässt: Auf der einen Seite die alte Bergbaugewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers, seit 1982) und andererseits der 1998 abgespaltenen und neu gegründeten Minengewerkschaft AMCU (Association of Mineworkers and Construction).

Wer die Hauptverantwortung für das Massaker von Marikana trägt und inwiefern das Unternehmen Lonmin, das die Mine dort betreibt, die Zwietracht genutzt hat, soll die Marikana-Kommission (Marikana commission of Inquiry) herausfinden, die am 1.10. in Rustenburg ihre Arbeit aufgenommen hat.

Doch zunächst erst einmal zur Entwicklung des ANC.

III. Südafrika und ANC: Entwicklung seit dem Ende der Apartheid

Nach einem jahrzehntelangen Kampf und zähen Verhandlungen mit dem weißen Apartheids-Regime ging der African National Congress (ANC) 1994 als stärkste Kraft aus den ersten demokratisch durchgeführten Wahlen hervor.

Ausgangsbedingungen waren 350 Jahre Kolonialismus und ein rassistisch organisiertes kapitalistisches System, das 46 Jahre lang die Spaltung der Gesellschaft im Interesse einer weißen Minderheit festschrieb.

Massiver Widerstand, internationale Isolierung und ökonomische Stagnation setzten das Apartheids-Regime so unter Druck, dass die weiße Regierung mit dem ANC Verhandlungen aufnahm. Zwischen 1990 und 1993 wurde der politische Kompromiss geschmiedet, der den Übergang zur Demokratie ermöglichte. Jedoch blieben bestimmte Strukturen unangetastet: keine Änderung der Eigentumsrechte, keine Entlassung Staatsbediensteter, Amnestie für Menschenrechtsverbrechen während der Apartheid.

1994 dann also endlich das offizielle Ende der Apartheid. Der ANC ging in die politische Dreier-Allianz mit dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der Kommunistischen Partei SACP (Tripartite Alliance). Nelson Mandela wurde Präsident. Die Kommunistische Partei ist seit den 20er Jahren mit dem linken Flügel des ANC und ab 1944 vor allem mit der neu gegründeten Youth League des ANC, aus der auch Nelson Mandela hervorging, verbunden.

1996 trat die neue Verfassung in Kraft, die nicht nur bürgerliche und politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Menschenrechte verankert. U.a. das Recht auf Gesundheit, Bildung und Wohnen – eine damit sehr fortschrittliche Verfassung. Zu Schutz der Verfassung wurden viele Institutionen und Richtlinien geschaffen. Ein nationaler Aktionsplan leitet die Umsetzung in den verschiedenen Sektoren. So wird versucht, die Apartheidstrukturen zu überwinden und beispielsweise das Bildungs- und Gesundheitssystem für alle zu öffnen. Die HIV/AIDS Epidemie stellt dabei eine enorme zusätzliche Herausforderung dar.

So sehr die Wahrheits- und Versöhnungskommission die Menschenrechtsverbrechen aufarbeitete (1995-98 ca. 20.000 Zeugenaussagen, 7.000 Amnestieanträge) und zur Herstellung einer nationalen Identität beitrug, wurde die Verteilungsfrage stets ausgeblendet:

die ökonomischen Folgen der Apartheid und ihre internationalen Profiteure (Banken, Unternehmen) standen gar nicht zu Diskussion. Es erfolgte keine Umverteilung der Ressourcen. Und dies obwohl die Freedom Charter von 1955, die faktisch als offizielles Programm des ANC gilt und von linken GewerkschafterInnen gerade wieder verstärkt eingefordert wird, durchaus radikale Umverteilung vorsieht: neben politischen Freiheiten sollen soziale Rechte wie freier Zugang zu Wohnraum, Bildung und Gesundheit gewährt, die Bodenschätze kollektiviert und die Wirtschaft staatlich gelenkt werden.

1999 wurde Mandela durch Thabo Mbeki, bis dahin Vizepräsident und seit 1997 bereits Vorsitzender des ANC abgelöst und blieb bis 2008 im Amt.

In einer Rede 1999 vor dem Black Management Forum spricht sich Mandela's Nachfolger Mbeki für eine schwarze Bourgeoise aus:

„Wir müssen sicherstellen, dass eine schwarze Bourgeoisie entsteht, deren Existenz in Wirtschaft und Gesellschaft Teil der Auflösung der Rassenschranken in Wirtschaft und Gesellschaft sein wird.“

Man kann den Satz auch so zusammenfassen: Nicht die soziale Frage, sondern die ethnische Frage wird von Mbeki in den Vordergrund gestellt. Als ob alles gut wäre für alle, wenn statt weißer Kapitalisten schwarze Kapitalisten die Wirtschaft und Gesellschaft in der Hand haben.

Die sprunghaft gestiegenen Mitgliederzahlen des regierenden ANC seit Mitte der 90er Jahre zeigen, dass vermehrt Opportunisten und Geschäftemacher in die Partei einstiegen. Entsprechend Mbeki's Kurs eröffnete sich für viele die Chance, an die zuvor Weißen vorbehaltenen Macht- und Einflusspositionen zu gelangen.

Jacob Zuma, von 1999 bis 2005 als Vizepräsident und von Mbeki wegen Korruptionsvorwürfen (Waffenhandel, Schmiergelder an den ANC) aus dem Amt gejagt, gelang 2007 auf dem Parteitag in Polokwane der Aufstieg zum ANC-Präsidenten. Auf demselben Parteitag wurden Beschlüsse gefasst, die den neoliberalen Wirtschaftskurs korrigieren sollten.

Im Mai 2009 kam es zu Neuwahlen, aus denen Jacob Zuma als Sieger hervorging. Zuma genießt im ANC und in der Bevölkerung seither breite Unterstützung. Die immer wieder auftretenden Korruptionsskandale, zuletzt um die enormen Kosten für den eigenen Hausbau i.H.v. 20 Mio. € aus Steuermitteln haben zwar zu einer Anti-Zuma-Lobby (*Anything but Zuma*) geführt, scheinen der Wiederwahl jedoch nicht ernsthaft im Weg zu stehen.

An der Johannesburger Börse wurden von den gelisteten Unternehmen 770 von schwarzen Direktoren geführt – noch 1992 waren es gerade einmal zwölf. Von den 35 Ministern des ANC vertreten drei Viertel finanzielle Interessen jenseits ihres Amtes. Auch wenn nicht die gesamte ANC-Führung und die mit der Regierungspartei verbündeten Gewerkschaften ausschließlich auf persönliche Bereicherung setzen, sind die Proteste und der Bergarbeiterstreik ein Ausdruck der Enttäuschung und Wut über die ignorante Elite. Der aus dem ANC verstoßenen früheren Jugendliga-Chef Julius Malema macht dieser Enttäuschung immer Luft: *„Sie haben euch das Gold gestohlen. Jetzt seid ihr dran.“*

Eine von extremer Ausbeutung geprägte Industrie am Kap, in der großer Reichtum und ebenso große Armut aufeinanderprallen, – Südafrika ist das Land mit den größten sozialen Unterschieden auf der Welt - durchlebt eine existenzielle Krise.

In den tiefsten Stollen der Welt kamen im Vorjahr 123 Menschen ums Leben. Unter den Arbeitern ist die Tuberkulose sechsmal mehr verbreitet als in der Gesamtbevölkerung Südafrikas.

Im Dezember 2012 wird auf dem Parteitag des ANC der Parteivorsitz neu besetzt und damit auch der zukünftige Präsidentschaftskandidat des ANC gewählt. Doch das interne Verfahren zur Vergabe der Delegiertenstimmen wird häufig kritisiert, weil vorrangig lokale Parteisekretäre, Bürgermeister, Stadträte, Beamte oder Unternehmer zum Parteitag delegiert werden, die oft selbst an einem „Weiter so“ interessiert sind. Zudem entscheidet ein kleiner, intransparenter Teil des Parteiapparates über die Nominierungen. Bei der Aufstellung der 4500 Delegierten gab es außerdem jede Menge Unstimmigkeiten über Mitgliederzahlen: in Zuma's Heimatprovinz KwaZulu-Natal stiegen die ANC-Mitgliederzahlen innerhalb von sechs Monaten um 36 % an. Jacob Zuma's Herausforderer Kgalema Mothlanthe ist auf der gegenwärtigen Nominierungsliste nicht unter den Top-6 Kandidaten.

IV. Der Dachgewerkschaftsverband COSATU

Entscheidend für die aktuellen Entwicklungen ist aber nicht nur die mangelnde Vertretung des ANC bei ArbeiterInnen, sondern auch die Klüngerlei zwischen der Dreier-Allianz und den Unternehmen: dazu hier nur mal drei Beispiele.

- Der Gewerkschaftsdachverband COSATU erhält Spenden vom Oligarchen Patrice Motsepe, Chef des Bergbauunternehmens African Rainbow Minerals.
- Cyril Ramaphosa, Gründer und lange Zeit Vorsitzender der Minengewerkschaft NUM ist seit 2010 als Aufsichtsratsmitglied des Bergbauunternehmens Lonmin tätig. Er wird auch als Vizekandidat für die Präsidentschaftswahlen 2014 gehandelt.
- Frans Baleni, Präsident der Minengewerkschaft NUM, verdoppelte sein Jahresgehalt auf 140.000 €.

COSATU ist politisch gespalten, was sich auch in der Führungsspitze zeigt. Der Generalsekretär gilt als Kritiker der Regierung, während der COSATU-Präsident als Regierungsunterstützer auftritt und auch für eine zweite Amtszeit von Jacob Zuma ist.

Die Hoffnungen, die sich mit Zuma verbanden – ein Linksruck im ANC und eine stärkere Mitsprache von COSATU bei politischen Richtungsentscheidungen – haben sich jedoch unter seiner Führung nicht erfüllt. Dementsprechend haben die Spannungen zwischen COSATU und ANC eher zugenommen.

Auf der Hauptversammlung im September haben sich die 3.000 Delegierten von COSATU nicht nur für die Durchsetzung der sozialen Rechte ausgesprochen, sondern auch für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, insbesondere Platin- und Goldminen.

Doch war die Spaltung der Gewerkschaft offenbar: Vavi und ein Teil der Gewerkschaften, u.a. NUMSA (National Union of Metal Workers of South Africa) wollen die Regierung

verstärkt unter Druck setzen. Die NUM (National Union of Mineworkers), die Polizeigewerkschaft und die Lehrgewerkschaft hingegen halten am Status quo fest.

V. Einige der Unternehmen

African Rainbow Minerals: südafrikan. Bergbaunternehmen (Platin, Kupfer, Eisenerz, Gold), 10.000 Mitarbeiter.

AngloGold Ashanti: Südafrikan. Konzern, drittgrößter Gold-Produzent weltweit, 63.000 Mitarbeiter. Aus Fusion von ghanaischem Ashanti Goldfields Corporation und der südafrikanischen AngloGold (Tochtergesellschaft von AngloAmerican).

Gold Fields: Südafrikan. Konzern, 47.000 MitarbeiterInnen

Impala Platinum: Südafrikan. Konzern, 53.000 MitarbeiterInnen.

Lonmin: Brit. Konzern, drittgrößter Platin-Produzent weltweit, 28.000 MitarbeiterInnen in Südafrika. Gehört zu 80 % zu Anglo Platinum, Tochtergesellschaft von Anglo American.

Was genau ist passiert? Welchen Verlauf haben die Ereignisse genommen?

VI. Marikana - Widerstand gegen die Dreier-Allianz

- | | |
|---------|--|
| Febr. | Bereits im Februar/März 2012 fand ein sechswöchiger Streik im Platinbergwerk von Impala Platinum in Rustenburg, westlich von Pretoria, statt. |
| März | Nachdem das Unternehmen 17.200 Bergarbeiter erst gefeuert hatte, wurden sie nach Verhandlung mit der NUM wieder eingestellt und es kam zu einer 125-prozentigen Lohnsteigerung. |
| 7. März | Der Gewerkschaftsdachverband COSATU rief zum Generalstreik auf: 200.000 Streikende in 32 Städten forderten ein Verbot der Leiharbeit und den Verzicht auf die Einführung eines Straßenmautsystems. |
| Juli | Im Juli gab es die Ankündigung, dass Bergarbeiter der Platinmine in Marikana – 25 km östlich von Rustenburg – eine Demonstration zum Hauptbüro von Lonmin unternehmen wollten, um sich mit einem Memorandum an den Konzern zu wenden und Lohnerhöhungen von bis zu 100 % einzufordern. Lonmin war gegen die Demonstration, die mit der Forderung nach einem Mindestlohn von 12.500 Rand (von rund 530 € auf 1.157 €) verbunden war, und NUM-Funktionäre haben sich nicht hinter die Forderungen ihrer Mitglieder gestellt. |

10. Aug. Darüber erzürnt demonstrieren Bergarbeiter zum NUM-Büro: dort reagierten die Sicherheitskräfte bereits mit Schüssen in die Menge – die ersten zwei Toten von Marikana waren direkte Opfer ihrer eigenen Gewerkschaftsführung. Daraufhin wurden mindestens zwei Sicherheitskräfte vom wütendem Mob getötet. Daraufhin liefen sehr viele NUM-Mitglieder zur kleineren Minengewerkschaft AMCU über.
16. Aug. Rund 3.000 streikende Bergarbeiter versammelten sich am Hügel der Platinmine in Marikana. Nach Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei, die Tränengas, Gummigeschosse und Wasserwerfer einsetzte, trieb die Polizei die Bergarbeiter mit Hilfe von Stacheldrahtzäunen zusammen. Die Bergarbeiter suchten den Ausgang über den freigelassenen, schmalen Gang, auf dem die Polizei schließlich das Feuer eröffnete und 34 Bergarbeiter tötete, 78 verletzte und weitere 259 festnahm. M.a.W.: Die Bergarbeiter wurden zusammengepfercht und dann wurde auf sie geschossen.
- Sep. Ausweitung des Streiks auf andere Minen. 15.000 Bergarbeiter im Streik. Ultimaten in Verbindung mit Lohnerhöhungen wurden durch die Konzerne abgelehnt. Polizei ging auch in Marikana wieder gewaltsam gegen die Streikenden vor.
- 20.Sep. Streik in Marikana wird offiziell beendet. Lonmin kündigte Lohnerhöhungen von 11-22 % sowie eine Einmalzahlung von 2.000 Rand (175 €) an.
1. Okt. Die Marikana-Kommission ihre Arbeit auf. Die Polizei und die Dreier-Allianz versucht, das Massaker von Marikana nachträglich als Selbstverteidigung der Polizei darzustellen oder damit zu rechtfertigen, dass die Situation schlicht aus dem Ruder gelaufen sei. Doch in öffentlichen Anhörungen am 22. und 23. Oktober wurde die schriftliche Korrespondenz zwischen Lonmin und NUM öffentlich, die den Streikenden „*kriminelle Energie*“ unterstellte und entsprechende Maßnahmen forderte.

So ist bspw. bekanntgeworden, dass Ramaphosa, früherer Gewerkschafter und jetzt Aufsichtsratsmitglied bei Lonmin, seine politischen Kontakte ausgiebig genutzt hat, um bei Regierung, ANC und Polizeiführung ein »*hartes Durchgreifen*« gegen die Streikenden zu erreichen.

Dementsprechend soll die Polizeisprecherin am Morgen des 16. Augusts gesagt haben, dass der Konflikt mit den Bergarbeitern »*wie auch immer*« noch am selben Tag beendet werde. Obwohl die Polizei einräumte, dass die Reaktion nicht angemessen war, argumentiert sie mit legitimer Selbstverteidigung. Unterstützung erhielt sie dabei von COSATU. Die Berichterstattung durch die Polizei betont immer wieder, wie aggressiv die

Bergarbeiter waren und es wurden Bilder präsentiert, die Arbeit mit Knüppel zeigten.

Anwälte der Betroffenen konnte jedoch mit amtlichem Bildmaterial nachweisen, dass Bilder am Tatort manipuliert wurden: Ein Polizeivideo, gedreht kurz nach der Erschießung, passt nicht mit späteren Fotoaufnahmen zusammen, auf denen plötzlich neben den Leichen Waffen liegen.

Nicht weniger pikant ist die Tatsache, dass die festgenommenen Bergarbeiter zunächst wegen Mordes angeklagt werden sollten (Gesetz noch aus Apartheids-Zeiten), aus Protest jedoch inzwischen freigelassen wurden.

- Okt. In anderen Minen gehen die Streiks weiter, landesweit.
5. Okt. Die AngloAmerican Platinum feuert rund 12.000 Bergleute fristlos. Kurze Zeit später bietet die AngloAmerican Platinum allen 12.000 Bergleuten an, sie zu gleichen Bedingungen wieder einzustellen. Als die Bergarbeiter dies z.T. nicht akzeptierten und es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen einigen Hundert Bergarbeitern mit der Polizei kam, setzte die Polizei wiederum Gummigeschosse, Tränengas und Blendgranaten ein.
13. Okt. Das *“Rustenburg Joint Strike Coordinating Committee”* koordiniert die Arbeitsniederlegungen in den Bergwerken der Region und in Marikana findet ein erstes landesweites Treffen der Streikkomitees statt.
22. Nov. Bei Auseinandersetzungen in der Harmony’s Kusasaletu Mine in der Nähe von Carletonville wurden zwei Bergarbeiter getötet und ein weiterer verletzt.

Der Frust über die dem ANC nahestehende Gewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM) ist groß → Zulauf bei AMCU. Das neu gegründete Strike Coordinating Committee soll die Forderungen der Bergarbeiter nun zusammenführen.

VII. Weitere Streiks: LKW-Fahrer & Landarbeiter im Western Cape

LKW-Fahrer sind Ende September ebenfalls für Lohnerhöhungen von 9-12 % in einen landesweiten Streik getreten. Nach ersten Engpässen, u.a. in Johannesburg, wurde der Streik Ende Oktober nach Verhandlungen der Transport-Gewerkschaft mit einem dreijährigen Tarifvertrag mit Lohnerhöhungen von 8-10 % beendet.

Gleichzeitig begann Ende Oktober ein Landarbeiterstreik in De Doorns im Weinanbaugebiet im Südwesten des Landes (Western Cape), bei dem es ebenfalls um die Erhöhung des Mindestlohns von derzeit 69 Rand (6 €) auf 150 Rand (13,20 €) pro Tag geht.

Dabei sind die Landarbeiter mit ihrem niedrigen Einkommen überproportional stark von den Lebensmittelpreissteigerungen betroffen. Während COSATU sich in diesem Fall hinter die

Landarbeiter stellt und am 12. November zu landesweiten Arbeitsniederlegungen im Landwirtschaftssektor aufrief, um den Streik der LandarbeiterInnen zu unterstützen, gibt es in der Regierung Kompetenzgerangel zwischen der Arbeits- und der Landwirtschaftsministerin: die gegenwärtige Gesetzeslage erlaube wegen festgelegter Sektor-Löhne auf ein Jahr keine Lohnerhöhung vor April 2013. Die Landarbeiter erwarten diese bereits zum 4.12. und werden wahrscheinlich ihren Streik ausweiten.

Aufgrund der engen Zeitfenster für die Ernte (aktuell z.B. Aprikosen) ist dann mit einer weiteren Zuspitzung der Lage zu rechnen. Dies wird noch durch die zweifelhafte Politik einiger Farmbesitzer verschärft, die versuchen den legitimen Streik der Landarbeiter durch Übervorteilung/Benachteiligung von Arbeitern entsprechend ihrer nationalen Identität zu brechen und damit Fremdenfeindlichkeit schüren.

VIII. Schlussfolgerung / Thesen

1. Die Streikwelle ist zu allererst eine Kritik am ANC, der eben nicht die Interessen der ArbeiterInnen oder Schwarzen vertritt, sondern im Sinne der eigenen Clique handelt und eng mit den Konzernen verbandelt ist. Sie steht zunehmend für eine schwarze Bourgeoise, nicht für Ziele wie soziale Gerechtigkeit.
2. Die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter allein sind nicht der Auslöser für die Proteste, sondern sie sind nur deshalb möglich, weil der gestiegene Reichtum einiger weniger direkt erlebt wird, d.h. die soziale Ungerechtigkeit treibt den Protest an.
3. Die Bewegung des demokratischen Sozialismus DSM (Democratic Socialist Movement) versucht das gewachsene Bewusstsein zur Schaffung einer neuen Partei zu nutzen. Generell ist zu sagen, dass sich für die ArbeiterInnen die Frage stellt, wie es politisch weitergehen soll: Neue Partei? Oder ANC nach links drücken? Über COSATU Druck aufbauen? Alles sehr schwierig. Die bestehenden Parteien bieten bisher keine echte Alternative. Kritik am ANC ist das eine, aber ist eine Loslösung vom ANC überhaupt denkbar – und wenn nicht, dann muss es ja letztendlich ja um eine Kurskorrektur gehen? Schwierig.
4. Die landesweite Streikwelle ist als Zuspitzung der Klassenkämpfe zu verstehen, die sich überhaupt erst so entwickeln konnten, weil die enorme Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in formalen Arbeitsstrukturen organisiert ist (z.B. im Vergleich zum Mineralienabbau im Kongo, wo Sklavenarbeit und informelle Strukturen herrschen). Und zwar nicht nur bei Bergarbeitern, auch bei Landarbeitern, LKW-Fahrern usw. Es geht um deutlich höhere Löhne, es wird damit aber insbesondere die Machtstellung der Konzerne und der Regierung in Frage gestellt und auf Verstaatlichungen gedrängt.
5. Sollte Zuma als ANC-Präsident wiedergewählt werden, wird das die Rolle von COSATU nicht stärken, sondern wohl eher schwächen – die begonnene Radikalisierung der

ArbeiterInnen hätte dann Chancen sich durch Zulauf zu bzw. Neubildung alternativer Gewerkschaften auszudehnen oder gar in neue Parteien.

6. Der Gewerkschaftsdachverband COSATU muss tatsächlich für eine radikale Umverteilung eintreten. Die Frage wird bei COSATU sein, ob es linke Kräfte schaffen, dauerhaft eine Mehrheit zu haben. Die letzte Versammlung zeigte auch die politische Spaltung von COSATU.

7. COSATU muss seine Beziehung zum ANC eigentlich von Grund auf erneuern, doch die Unterstützung einer zweiten Amtszeit von Jacob Zuma als ANC-Präsident spricht nicht gerade dafür.

Welche Unterstützung erfährt die gegenwärtige Bewegung durch Deutschland?

- ➔ Die Bundesregierung hat sich dazu nicht von sich aus, sondern nur auf mündliche Nachfrage von den Grünen geäußert. Auf die Frage der Rohstoffimporte Deutschlands bzw. der EU und die Forderung nach sozialen Mindeststandards gab es nur allgemeine Antworten zu einem kontinuierlichen deutsch-Südafrikanischen Austausch. D.h. Bundesregierung hat faktisch keine Position.
- ➔ Die deutschen Gewerkschaften DGB und IG BCE haben sich ebenfalls nicht dazu geäußert. Sie sind verpartnert mit COSATU.
- ➔ DIE LINKE hält sich mit Solidaritätsbekundungen zurück. Der ANC ist mit der Unterstützung durch die ehemalige DDR und später durch die Gewerkschaften auch für DIE LINKE die historische Schwesternpartei. Dennoch muss auch DIE LINKE bestätigen, dass die Politik des ANC sich v.a. am reicheren Bevölkerungsteil ausrichtet und dass auch die Politik von Zuma gerade für die großen Unternehmen steht. Eine ehrliche Bestandsaufnahme muss deshalb auch eine kritische Reflexion über die eigene Beziehung zum ANC einschließen, vor dem sich jedoch insbesondere DIE LINKE zu drücken scheint.
- ➔ Die linke Fraktion im EU-Parlament hat immerhin am 18.09. eine Solidaritätsaktion mit den Bergarbeitern und gegen den ANC in Brüssel gemacht. Die GUE/NGL ist somit weiter als die deutsche LINKE bisher.
(<http://www.guengl.eu/showPage.php?ID=16&LANG=1&GLANG=1&GALLERY=497>)
- ➔ Partner der RLS ist in Südafrika u.a. auch COSATU. Entsprechend fällt auch die Bewertung des COSATU nur schwach kritisch aus.